

VORWÄRTSBERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

ARBEITSPOLITIK IST MEHR!

Eigene Ansprüche im Alltagshandeln umsetzen

von Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg



In der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU in Berlin sind Arbeitsmarktpolitik und Arbeitspolitik berücksichtigt; in der öffentlichen Diskussion stehen bisher leider arbeitsmarktpolitische Einzelmaßnahmen im Vordergrund.

Die Einschnitte der Bundesregierung bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten haben den Rahmen dafür massiv verschlechtert. So wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Existenzgründerzuschüsse und etliche weitere sinnvolle Förderungen gestrichen oder stark eingeschränkt, ausgerechnet die Kooperation mit Zeitarbeitsunternehmen beibehalten. Dadurch sind Spielräume für eine aktive Arbeitsmarktpolitik in Berlin verringert worden.

Dass im Senat und in den Koalitionsfraktionen als zentrales Thema diskutiert wird, ob im Programm „Berlin-Arbeit“ ein Stundenlohn von 7,50 oder 8,50 Euro gezahlt werden soll, ist problematisch. Die Gewerkschaften haben sich in der Frage des Mindestlohns klar positioniert: 8,50 Euro sind für uns eine Lohnuntergrenze, die keinesfalls unterschritten werden darf! Schlechtere Tariflöhne sind kein Gegenargument, sondern belegen, dass wir von der Politik definierte Grenzen des Anstands brauchen.

Wichtiger als diese Diskussion sollte der Versuch sein, in Berlin Arbeitspolitik zu entwickeln. In der Koalitionsvereinbarung finden sich dazu wichtige Aspekte, die bisher nicht aufgegriffen worden sind: Der Bereich „Gute Arbeit“ gehört dazu, die Gestaltung und Bezahlung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, die tarifgerechte Bezahlung in Unternehmen, die im Auftrag des Landes Berlin tätig werden sowie die Rekommunalisierung. Hier muss über den klassischen Stadtwerke-Bereich hinaus gedacht werden: Sicherheit, Kitas, soziale Aufgaben werden von den Bezirken nach wie vor an Private vergeben.

Anlässlich des 1. Mai 2012 fordern die Berliner Gewerkschaften von den Politikern aller Parteien, ihre Ansprüche im Alltagshandeln umzusetzen.

Schön, dass Ihr mit uns demonstriert. Der 1. Mai ist jeden Tag. ■

1. Mai: 9.30 Uhr Hackescher Markt. SPD-Treffpunkt ist an der Spandauer Straße/Ecke Anna-Louisa-Karsch-Straße. Die Demonstration führt zum Brandenburger Tor. Um 11.30 Uhr findet die Mai-Kundgebung auf dem Platz des 18. März statt, das Maifest mit Infomarkt ist auf der Straße des 17. Juni.



Waren auch auf der Maidemonstration im vergangenen Jahr dabei: Klaus Wowereit und Barbara Loth, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen.

GUTE ZAHLEN

Berlins Wirtschaftskraft steigt

Die Berliner SPD hat zur Teilnahme an der Maidemonstration des DGB in Berlin aufgerufen, die diesmal am Hackeschen Markt ihren Ausgangspunkt hat. Unter dem Motto „Gerechte Löhne - Soziale Sicherheit“ soll am 1. Mai die einseitige Sparpolitik zur Rettung Europas thematisiert werden. Sie gefährde, so der DGB, Wachstum, Beschäftigung und den sozialen Zusammenhalt.

Anlass für vorsichtigen Optimismus bietet nach Ansicht des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Berlin, die sich jetzt in Zahlen der Internationalen Organisation für Arbeit (ILO) zeigt. „Es ist erfreulich, dass unsere Stadt in wichtigen ökonomischen Kennziffern im positiven nationalen Trend liegt – das war nicht immer so!“, sagte Wowereit. „Erfreulich ist außerdem, dass wir entgegen der globalen wirtschaftlichen Entwicklung wachsende Beschäftigungsziffern vorweisen können.“ Der neue Flughafen BER werde hier einen weiteren Schub bringen.

Nach einem aktuellen Bericht der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) liegt Berlin nach Baden-Württemberg und vor Bayern bundesweit auf Platz zwei der Ausgaben für Forschung und Entwick-

lung. Wowereit: „Auch die Berichte, wonach unsere Stadt laut Kreditanstalt für Wiederaufbau auf Platz eins bei Gründungen liegt, sind Indikator dafür, dass die Wirtschaftspolitik des Senats ein für Neugründungen günstiges Klima geschaffen hat. Besonders positiv ist, dass das Internet hier eine besonders große Rolle spielt.“

Kürzungen der Bundesregierung bei der Arbeitsmarktförderung hatten gravierende Auswirkungen für Langzeitarbeitslose. So wurden die Mittel für Berlin innerhalb von zwei Jahren von 670 Millionen Euro auf 420 Millionen Euro reduziert. Arbeitssenatorin Dilek Kolat hat erreicht, dass in Berlin weitere 1.400 Bürgerarbeitsplätze eingerichtet werden können und die Arbeit der Integrationslotsen im Bezirk Reinickendorf fortgeführt werden kann. Seit 1. April besteht zudem die Möglichkeit, mit dem neuen Instrument „Förderung von Arbeitsverhältnissen“ Betriebe, die Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen beschäftigen, maximal zwei Jahre lang mit bis zu 75% zu fördern. Gemeinsam mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern will die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen Betriebe gewinnen, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und damit einen direkten Weg in den 1. Arbeitsmarkt schaffen. ■ uh



Zu den ersten, die ihre Vorstände neu gewählt haben, gehörten die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf (l.), die SPD Friedrichshain-Kreuzberg (m.) und die AG Schwusos.

VIEL KONTINUITÄT

Neue Vorstände in Kreisen und Arbeitsgemeinschaften

In der Mehrzahl der Kreise und in vielen Arbeitsgemeinschaften haben die Neuwahlen der Vorstände stattgefunden. Im Amt bestätigt wurden dabei die Vorsitzenden in Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg, Spandau, Treptow-Köpenick und Charlottenburg-Wilmersdorf. Neue Vorsitzende wählten die Kreisdelegierten in Mitte und in Lichtenberg.

Boris Velter ist mit 88 Prozent der Stimmen in Mitte zum Kreisvorsitzenden gewählt worden. Bezirksbürgermeister Christian Hanke hatte nicht wieder kandidiert. In Lichtenberg wurde der Abgeordnete Ole Kreins mit großer Mehrheit als Nachfolger von Andreas Geisel gewählt, der sich auf seine Tätig-

keit als Bezirksbürgermeister konzentrieren will. Mit gut 93 Prozent Zustimmung wurde Jan Stöß zum dritten Mal zum Vorsitzenden der SPD Friedrichshain-Kreuzberg gewählt. Die SPD Neukölln hat den seit 2004 amtierenden Vorsitzenden Dr. Fritz Felgentreu im Amt bestätigt. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, ist erneut als Kreischef der Sozialdemokraten in Spandau bestätigt worden. Auf der Kreisdelegiertenversammlung votierten 44 Delegierte für den 34 Jahre alten Politiker, neun sagten Nein und einer enthielt sich. Mit großer Mehrheit wurde auch der bisherige Vorsitzende der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf Christian Gaebler (Staatssekretär für

Verkehr und Umwelt) im Amt bestätigt. In Treptow-Köpenick wurde Bezirksbürgermeister Oliver Igel als Vorsitzender wiedergewählt, 96 % der Delegierten stimmten für ihn.

Die Berliner Jusos wählten Kevin Kühnert aus Tempelhof-Schöneberg als Nachfolger von Christian Berg zum Vorsitzenden. Eva Högl wurde als AsF-Vorsitzende mit beinahe einstimmigem Ergebnis im Amt bestätigt, bei den Schwusos setzte sich der bisherige Vorsitzende André Rostalski (Treptow-Köpenick) mit 63 Prozent der Stimmen gegen den Abgeordneten Tom Schreiber (Treptow-Köpenick) durch. Weitere Wahlergebnisse von Arbeitsgemeinschaften und Kreisen in der kommenden Ausgabe. ■ vwb

TERMINE

08.05.2012, 19.00 Uhr: Der Stammtisch „Eva and Friends“ der SPD-Bundestagsabgeordneten Eva Högl findet regelmäßig jeden ersten Dienstag im Monat statt. Neuer Treffpunkt ist die Gaststätte „Lindengarten“, Nordufer 15, 13353 Berlin.

Sonnabend, 12.05.2012, 20 Uhr: Die SPD Friedenau lädt gemeinsam mit der AWO Friedenau zum Maitanz. Die Veranstaltung findet in der Seniorenfreizeitstätte Stierstr. 20a statt.

Donnerstag, 24.05.2012, 19.30 Uhr: Diskussionsrunde zur Schuldenkrise mit Carsten Schneider, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Swen Schulz, stellv. Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion. Kulturhaus Spandau, Mauerstr. 6, 13597 Berlin. Anmeldung und Informationen unter der Telefon-Nr.: 227 70 187.

„DIE KÖPFE ERREICHEN“ Mitgliederforum der Berliner SPD „Gegen rechte Gewalt“

Das Klima, in dem Morde wie die der rechtsextremistischen NSU möglich wurden, muss energisch bekämpft werden, forderten die Teilnehmer eines Mitgliederforums der Berliner SPD „Gegen rechte Gewalt“.

Schnelle Antworten im Umgang mit dem Rechtsextremismus gibt es aber nicht, darin waren sich die Rednerinnen und Redner einig. Auf dem Podium unterstrichen Berlins früherer Innensenator Ehrhart Körting, die Bundestagsabgeordnete Eva Högl, der Landesvorsitzende Michael Müller und die Vorsitzende der AG Migration Ülker Radziwill die Forderung nach einem NPD-Verbot. Damit würden, so Körting, Strukturen zerschlagen und es entfalle die staatliche Parteienfinanzierung. Rechtsextremes Denken und Handeln sei damit jedoch nicht beseitigt.

„Wir müssen die Köpfe der Menschen erreichen“, forderte Ehrhart Körting, derzeit Mitglied in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die sich nach den Morden



Mitgliederforum der Berliner SPD mit Eva Högl, Ehrhart Körting, Ülker Radziwill und Michael Müller.

der rechtsextremistischen NSU insbesondere mit der Arbeit der Verfassungsschutzämter befasst.

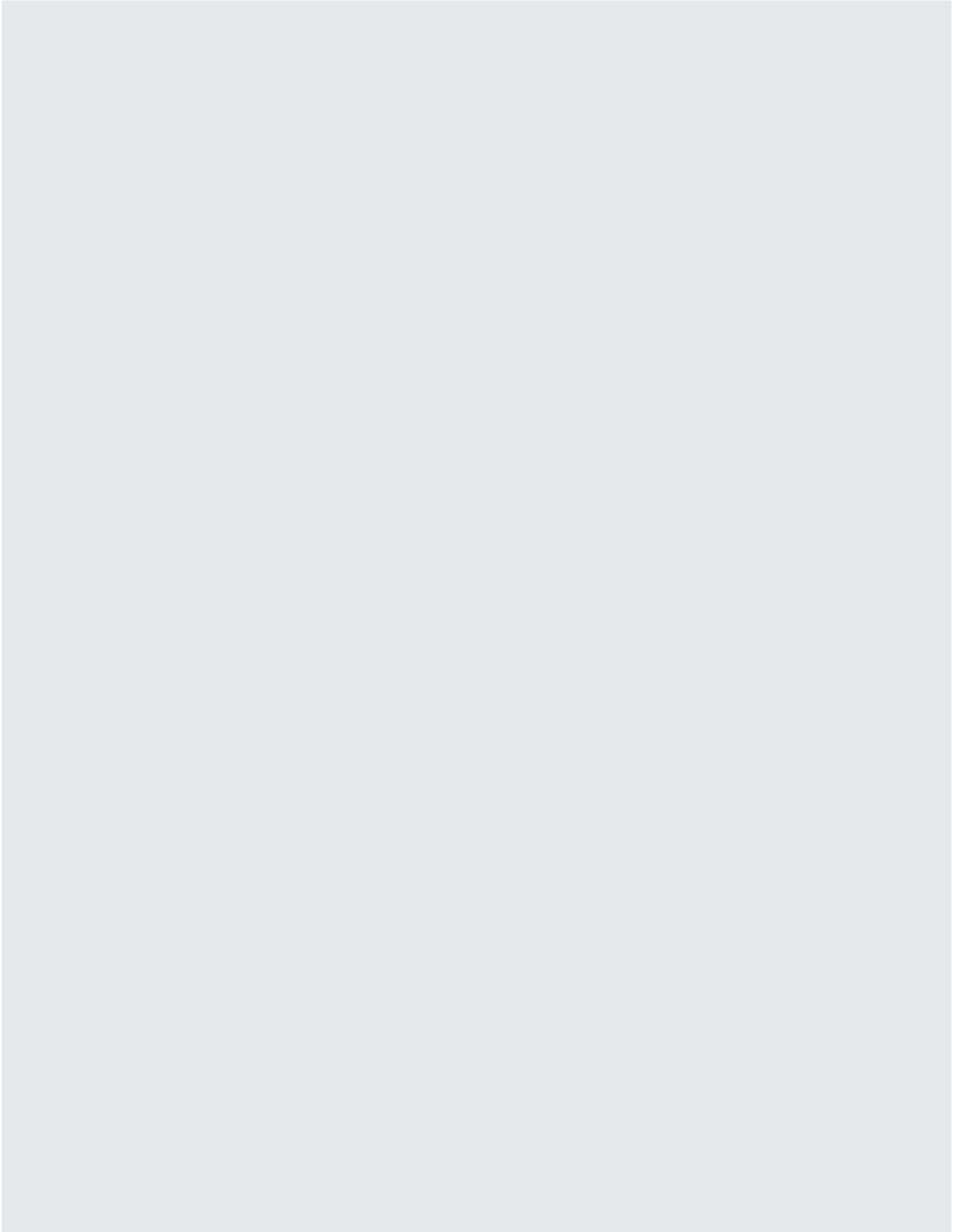
Die rechtsextremistischen Strukturen haben sich in Berlin verändert. So sei die NPD selbst nur noch bedingt mobilisierungsfähig, erläuterte Körting. Von den rund 16.000 organisierten oder nicht-organisierten Rechtsextremisten seien ganze 250 in der NPD. Sie sei daher auf

die autonomen Nationalisten angewiesen, die weniger hierarchisch organisiert seien. Ihre Anhänger treten nicht mehr uniformiert auf, das Erscheinungsbild gleiche eher Linksautonomen. Rechte Musikgruppen und das Internet spielten eine wichtige Rolle bei der Verbreitung extremistischen Gedankenguts. Körting wies darauf hin, dass es auch in Teilen Berlins ein Klima gebe, das von Rechtspopulisten bedient werde und den Nährboden für rechte Gewalt biete.

Rund 20.000 Akten wird ein Untersuchungsausschuss des Bundestags, der die Arbeit der Ermittlungsbehörden in den Mordfällen untersuchen soll, in den kommenden Monaten zu sichten haben, berichtete die Berliner Bundestagsabgeordnete Eva Högl, die Sprecherin der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss ist. Für sie waren die Morde der NSU „auch ein Angriff auf die Demokratie“, dem gemeinsam entgegengetreten werden müsse. Das Mitgliederforum war ein Beitrag dazu. ■ uh

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de



VORWÄRTS PERSÖNLICH

Josephine Steffen (28) ist neue Pressesprecherin der Berliner SPD. Die gebürtige Berlinerin studierte in Greifs-



wald und Frankreich Politik- und Kommunikationswissenschaft. Sie arbeitete von 2008 bis 2010 beim „Blick nach rechts“, einem Online-Informationsportal gegen Rechtsextremismus in der vorwärts Verlagsgesellschaft, 2009 im Bundeswahlkampf im Willy-Brandt-Haus und von 2010 bis 2012 beim Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT). Das Öffentlichmachen, Vernetzen und Fördern ehrenamtlichen Engagements für Demokratie und Toleranz sind die Kernaufgaben des mittlerweile zur Bundeszentrale für politische Bildung/bpb gehörenden Bündnisses. Steffen verantwortete dort die Öffentlichkeitsarbeit und leitete den Themenbereich „Toleranz“.

Hans Nisblé, bisheriger Landesvorsitzender der Berliner Arbeiterwohlfahrt, ist mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden **Rainer Rheinsberg**, **Heidmarie Fischer**, **Christa Kranz**, **Swen Schulz** und **Kirsten Flesch** gewählt. Beisitzer sind **Annett Wagner**, **Klaus Wagner**, **Anita Leese** und **Klaus Leonhardt**. Auf der Landeskonferenz ehrte Hans Nisblé zum Landesgeschäftsführer **Hans-Wilhelm Pollmann**, seine beiden Stellvertreter **Andreas Beckmann-Fellgiebel** und **Bernd Bräunig** sowie die Betriebsratsvorsitzende **Hilke Janßen** für ihre besonderen Verdienste um den Landesverband während der Insolvenz.

FOTOS: ABI-ARCHIV (3), HORB, PRIVAT, PS-BERLIN



Linke Berliner Lebensläufe: Gisela Mießner, Eberhard Hesse, Ingrid Stahmer und Ella Kay.

LINKE LEBENSLÄUFE

August Bebel Institut startet neue Internetseite

Solidarität und Freiheit, Austausch und Diskussion, Bürgernähe und der Einsatz für Schwächere - das sind einige der Überzeugungen und Werte, die Berliner Sozialdemokrat/innen als Leitlinien für ihr politisches Engagement angeben. Das Multimedia-Projekt „Werkstatt Linke Lebensläufe“ des August Bebel Instituts (ABI) fängt einige dieser Bekenntnisse ein.

Erforscht werden die Biografien herausragender Berliner Sozialdemokrat/innen der Nachkriegszeit. Auf der Website www.linke-lebenslaeufer.de werden sie im Mai der Öffentlichkeit vorgestellt. Sechs Lebensläufe mit Porträts von Gisela Mießner, Ella Kay, Harry Ristock, Eberhard Hesse, Ahmet Iyidirli und Ingrid Stahmer wurden bisher zusammengetragen. Daneben gibt es weiterführende Informationen zur Geschichte der linken Bewegungen in der Stadt. Die Sammlung wird fortgesetzt.

Auf einem Werkstattgespräch am Montag, d. 14. Mai präsentiert das ABI die Website mit den ersten Filmen, Bildern und Texten und lädt zur anschließenden Gesprächsrunde mit Protagonist/innen und Unterstützer/innen des Projektes ein. Was bedeutete es, links zu sein? Und was bedeutet es heute? Diesen Fragen soll nach einer Einführung von Projektleiterin Daniela Honigmann und ABI-Geschäftsführer Ingo Siebert im gemeinsamen Gespräch nachgegangen werden.

Veranstaltungsbeginn ist am 14. Mai um 18 Uhr in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Es besteht außerdem Gelegenheit zur Besichtigung der Ausstellung „Zwischen Politik und Malerei. Arbeiten von drei sozialdemokratischen Künstlern“, die vom Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie e.V. organisiert wurde und noch bis zum 17. Mai zu sehen ist. ■ **vwb**

VON TÜR ZU TÜR

PS wirbt in Berlin um Stimmen

Notre ennemi, c'est l'abstention!“ - frei übersetzt: Unser Feind ist das Nicht-Wählen-Gehen. Mit diesem Anspruch war in den vergangenen Wochen ein fester Kern aus zehn bis 15 in Berlin lebenden Mitgliedern der französischen Parti Socialiste (PS) unterwegs, um von Tür zu Tür zu gehen und zum Wählen aufzufordern.

Naomi, Matthieu und Philipp sind drei dieser „militants PS“, Anhänger der Parti Socialiste, die für ihren Präsidentschaftskandidaten Francois Hollande warben. Insgesamt 7400 Französisinnen und Franzosen sind in Berlin als wahlberechtigt gemeldet. Mit Listen und Straßenkarten ausgestattet, klingelten die PS-Anhänger an Haustüren in Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Mitte oder Charlottenburg-Wilmersdorf.

Wahlkampf machen die französischen Sozialisten nicht nur für Präsi-



Mitglieder der Parti Socialiste machen Wahlkampf in Berlin-Kreuzberg.

dentschaftskandidat Francois Hollande, den sie am 6. Mai in der Stichwahl sehen wollen, sondern auch für Pierre-Yves Le Borgn, den Kandidaten der PS zur Abgeordnetenwahl für den Kreis „Deutschland und Mitteleuropa“. Die Wahlen zur Assemblée Nationale finden am 10. und 17. Juni statt. ■ **JS**

THIERSE TRIFFT... BOTSCHAFTER STOFI

An ungewöhntem Ort setzt Wolfgang Thierse im Mai seine Gesprächsreihe „Thierse trifft ...“ mit einem Extra-Termin fort. In der Friedrich-Ebert-Stiftung ist am 23. Mai der Botschafter der Republik Südafrika Makhenkesi Arnold Stofile zu Gast. Der frühere Ministerpräsident der Provinz Ostkap, Sportminister a. D., ehemalige inhaftierte Aktivist, Schatzmeister und Fraktionsvorsitzende des ANC, Pfarrer und Theologiedozent spricht mit Wolfgang Thierse über die Situation seines Landes und seine persönlichen Erfahrungen im Freiheitskampf. Beginn ist um 19.00 Uhr in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin.

■ **vwb**

MIETERBERATUNG IM KREISBÜRO

Ab sofort bietet die SPD Tempelhof-Schöneberg wieder eine regelmäßige Mieterberatung an. Jeden 1. und 3. Freitag im Monat von 17-18 Uhr steht Frank Wiemann im SPD-Laden, Feurigstraße 4, 10827 Berlin, für Auskünfte zur Verfügung. Nähere Informationen gibt es bei Lena Heinze im Kreisbüro: Telefon 7812283. ■ **vwb**

VERDIENSTKREUZ FÜR ALEX LUBAWINSKI

Pankows Bezirksbürgermeister Matthias Köhne hat dem SPD-Abgeordneten Alex Lubawinski den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Gewürdigt wurde u.a. das Engagement für die deutsch-polnische Verständigung. ■ **vwb**

ERINNERUNG AN ALWIN GERISCH

Ein Straßen-Zusatzschild erinnert in Treptow-Köpenick künftig wieder an Alwin Gerisch (14.3.1857 - 8.8.1922), den Reichstagsabgeordneten und langjährigen Vorsitzenden der SPD.

In diesem Jahr jährte sich im März sein 155. Geburtstag und im August ist sein 90. Todestag. Kurz nach seinem Tod erfolgte 1926 ihm zu Ehren die Umbenennung einer Nummernstraße in Baumschulenweg in Alwin-Gerisch-Straße. Acht Jahre später wurde die Alwin-Gerisch-Straße von den Nationalsozialisten in den benachbarten Heidekampweg eingegliedert. Die SPD-Fraktion hat jetzt mit einem Antrag in der BVV Treptow-Köpenick das Anbringen von Erläuterungsschildern zu Alwin Gerisch an dem Straßenschild der ehemals nach ihm benannten Straße veranlasst. ■ **vwb**